

Politisch oder nicht: Was ist ein Museum im 21. Jahrhundert?

Von Thomas Thiemeyer

Es gibt Streit im Internationalen Museumsrat ICOM, dem mit rund 45000 Mitgliedern und 20000 Museen aus 138 Ländern größten Museumsverband der Welt. Ausgelöst hat ihn die Frage, was ein Museum ist. Seit 1946 definiert ICOM immer wieder neu seine Sicht auf die Institution. Diese Definitionen sind kulturpolitische Statements, die für alle Typen von Museen weltweit gelten müssen – vom ehrenamtlich geführten Derendinger Heimatmuseum bis zum prestigeträchtigen New Yorker Metropolitan Museum of Art, vom üppig finanzierten chinesischen Nationalmuseum in Peking bis zum gerade niedergebrannten brasilianischen Nationalmuseum in Rio de Janeiro, vom forschungstarken Naturkundemuseum in der Stadt bis zum bürgernahen Handwerksmuseum auf dem Land, für Museen in Demokratien, Militärdiktaturen oder in Ländern mit autokratischen Regimen.

Die letzte Definition stammt von 2007: „Ein Museum“, definierte ICOM seinerzeit, „ist eine gemeinnützige, auf Dauer angelegte, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zum Zwecke des Studiums, der Bildung und des Erlebens materielle und immaterielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt.“¹

Diese Definition ist funktional und schmucklos. Sie definiert Zweck, Aufgabe und Status des Museums, ist international weithin anerkannt und in vielen Ländern rechtlich relevant. Zur Gegenwart der Museen in aller Welt passe sie hingegen nur noch bedingt. Das findet zumindest die ehemalige Direktorin des Museums der Weltkulturen in Göteborg, Jette Sandahl: „Die aktuelle Definition formuliert Werte und basiert auf Annahmen, die aus früheren Zeiten stammen. Sie spricht nicht die Sprache des 21. Jahrhunderts.“²

Deshalb hat ICOM 2017 ein Standing Committee for Museum Definition, Prospects and Potentials (MDPP) eingerichtet, dem Sandahl vorsteht. Das Komitee hatte die Aufgabe, dauerhaft die Entwicklung der Museen weltweit zu beobachten und eine neue Museums-Definition zu formulieren. Dazu hat es in einem basisdemokratischen Prozess Konferenzen und Runde Tische in aller Welt ausgerichtet und ist mit rund 1000 Museumsmachern ins Gespräch

1 Zit.nach der aktualisierten Übersetzung in ICOM, Ethische Richtlinien für Museen, Paris 2010, www.icom-deutschland.de.

2 ICOM, Museum Definition, Interview mit Jette Sandahl, 27.11.2017, www.youtube.com.

gekommen. Zudem hat es seine Mitglieder aufgerufen, Definitionsvorschläge einzureichen (rund 250 Vorschläge sind eingegangen).³

Aus diesen Diskussionen zog Sandahl mit ihrer Arbeitsgruppe den Schluss, dass der Wunsch nach einer politischeren Positionierung stark sei: „Je mehr das Bewusstsein innerhalb der Museen wächst, dass sie die Gesellschaften, in denen sie existieren, stark beeinflussen, desto größer wird der Ruf nach einem Wertegerüst und nach expliziten ethischen Leitlinien für die Museumsarbeit“, schreibt sie in der aktuellen Ausgabe der ICOM-Zeitschrift „Museum international“, die wichtige Argumente der Debatte dokumentiert.⁴ Ein apolitisches Selbstbild des Museums als Institution, die Sammlungen bloß verwahrt, zugänglich macht und mit ihnen Forschungs- und Bildungsarbeit ermöglicht, sei nicht mehr haltbar in Zeiten, in denen keine öffentlich finanzierte Institution sich ihrer „sozialen Verantwortung“ entziehen könne.

Der Definition von 2007 hatte die MDPP-Gruppe in einer ersten Stellungnahme von Dezember ein „ethisches Vakuum“ bescheinigt. Auch die „Ethischen Richtlinien für Museen“, die ICOM 2004 zuletzt überarbeitete, gelten ihr als zu zurückhaltend bei Wertefragen. Für die Zukunft erwarteten Museen eine klarere Haltung von ICOM, eine Definition, „die aktiv für bestimmte Werte eintritt oder diese aktivistisch einfordert in Bezug auf Menschen, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit sowie in Bezug auf die Umwelt als der – zunehmend bedrohten – Grundlage allen Lebens.“⁵

Damit ist der Ton gesetzt, mit dem das neue ICOM-Komitee die Zukunft der Museen weltweit beschreibt: Grundsätzlich geht es darum, das Verhältnis von Museum und Gesellschaft auf bestimmte Werte festzulegen. Die MDPP-Gruppe beschreibt Museen als Teil der innergesellschaftlichen Machtverhältnisse, als genuin politische Institutionen, die zur Identitätsbildung beitragen, bestimmte Geschichtsbilder und Wissensbestände vermitteln und für die Sammlungen, die sie horten, in der Verantwortung stehen. Folgt man dieser Ratio – und dafür gibt es gute Gründe, fundiert durch viele Beispiele aus der Museumsgeschichte⁶ –, dann müssen Museen sich in öffentliche Debatten einmischen, sich explizit zu gesellschaftlichen Normen verhalten und offen für (Selbst-)Kritik sein. Am Ende der Debatte hat die MDPP-Gruppe aus den vielen Stimmen zusammen mit dem ICOM-Vorstand eine neue Definition formuliert, die am 7. September bei der ICOM-Generalversammlung in Kyoto hätte angenommen werden sollen. Sie versteht unter Museen „democratizing, inclusive and polyphonic spaces for critical dialogue about the pasts and the futures. Acknowledging and addressing the conflicts and challenges of the present, they hold artefacts and specimens in trust for society, safeguard diverse memories for future generations and guarantee equal rights and equal access to heritage for all people. Museums are not for profit. They are participatory and transparent, and work in active partnership

3 Dokumentiert unter <https://icom.museum/en/news/the-museum-definition-the-backbone-of-icom>.

4 Vgl. das Themenheft: The Museum Definition. The Backbone of Museums, in: „Museum international“, 1-2/2019, S. 2.

5 ICOM Standing Committee for Museum Definition, Prospects and Potentials: Report for the ICOM Executive Board, Dezember 2018, S. 7, <https://icom.museum>.

6 Vgl. Thomas Thiemeyer, *Geschichte im Museum. Theorie – Praxis – Berufsfelder*, Tübingen 2018.

with and for diverse communities to collect, preserve, research, interpret, exhibit, and enhance understandings of the world, aiming to contribute to human dignity and social justice, global equality and planetary wellbeing.“

Eine Definition als museumspolitische Zäsur

Dieser Definitionsvorschlag ist eine Zäsur. Mit ihm hat ICOM erstmals grundlegend neu aufgesetzt, was ein Museum ausmachen soll, und nicht – wie bislang üblich – bloß die bestehenden Definitionen aktualisiert. Nachdem der neue Wortlaut Ende Juli den Mitgliedern bekannt gemacht wurde, hat ICOM Europe im Verbund mit dem ICOM-Komitee für Museologie (ICOFOM) einen Protestbrief lanciert, den mehrere Mitgliedsverbände – darunter ICOM Deutschland – unterschrieben haben.⁷ In ihm fordern die Unterzeichner eine Verschiebung der Abstimmung, um die Definition grundlegend neu zu diskutieren und zu verändern. Der bisherige Diskussionsprozess sei „intransparent“ gewesen und habe keinen echten Austausch zugelassen. In den sozialen Netzwerken (#museumdefinition auf Twitter) und beim Kongress kochte das Thema hoch. In Kyoto haben die Mitglieder schließlich entschieden, die Definition weiter zu diskutieren und die Abstimmung zu verschieben – mutmaßlich bis zur nächsten Generalversammlung 2022 in Prag.

Kern des Streits ist die Frage, ob der neue Text noch eine Definition ist oder eher eine Vision, die Museen einen Weg in die Zukunft weist. So versteht ihn die MDPP-Gruppe.⁸ ICOM Europe hingegen macht geltend, dass eine Definition erstens griffig, also kurz sein müsse (eine Art Merksatz), und zweitens den Status quo zu beschreiben habe. Sie soll sagen, was Museen aktuell zu erfüllen haben und nicht, was in Zukunft wünschenswert wäre. Die Kritiker sehen die politische Relevanz gefährdet, die die ICOM-Definition inzwischen erlangt hat. Am Ende lebt die Definition nämlich davon, dass möglichst viele nationale Museumsverbände und Staatsregierungen sie anerkennen und sich politisch auf sie beziehen. Nur dann kann sie eine Form der Verbindlichkeit erreichen, die Museen hilft, ihre Interessen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Nur dann kann sie dem rechtlich nicht geschützten Begriff „Museum“ eine Kontur geben, die nicht zuletzt darüber entscheidet, wer ICOM-Mitglied werden kann und wer nicht (das ist für ICOM eine zentrale Funktion der Definition, weshalb diese auch Teil der Satzung ist). Für Frankreich prognostiziert ICOFOM-Präsident François Mairesse, Professor für Museologie an der Sorbonne und an der Spitze des Widerstands, dass sich nur wenige Museen einer Definition anschließen würden, die sie als „viestimmige Orte“ (polyphonic spaces) beschreibt.⁹ Mairesse, muss man wis-

7 Aufruf zur Verschiebung der Abstimmung, <http://network.icom.museum>.

8 Vgl. dazu z. B. die vier Fragen, die bei den Runden Tischen den Mitgliedern gestellt wurden. Sie zielten alle darauf, wie Museen und Gesellschaft sich in den nächsten 10 Jahren entwickeln sollen. Vgl. Lauran Bonilla-Merchav: Letting Our Voices Be Heard: MDPP Roundtables on the Future of Museums, in: „Museum International“, 1-2/2019, S. 160-169.

9 Vincent Noce, What exactly is a museum? Icom comes to blows over new definition, in: „The Art Newspaper“, 19.8.2019.